

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Seitungspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **Ed. Müller**
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 4909.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelleite 5 Mark.
Gesamtsatzungen finden keine Aufnahme.

Der 13. März und seine Folgen

Die militärische, politische und wirtschaftliche Auswirkung der Ereignisse des 13. März lassen sich zur Stunde noch nicht in vollem Umfange übersehen. Die Kräfte, die durch den wahnsinnigen Putsch der Kapp-Lüttich am 13. März ausgelöst wurden, stehen noch in wechselseitigen Kämpfen. Die Kampfströme waren und sind heute noch nicht einheitlich; sie zeigen den ungeheuren Sättigungsprozess, in welchem sich das gegenwärtige politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands befindet. Trotzdem wollen wir heute schon versuchen, auf Grund der bereits geschaffenen Tatsachen die mögliche weitere Auswirkung der Ereignisse festzustellen, wobei wir uns bewusst sind, daß sich der Verlauf der als Folgewirkung des Weltkrieges ausgelebten proletarischen Revolution unterbrechen oder auch schneller als wir glauben vollziehen kann.

Eine ernste politische Krise tritt zunächst als Folge des Putsches der Kapp-Lüttich in die Erscheinung: die gegenwärtige politische Konstellation Deutschlands ist in Frage gestellt. Diese Krise mag vielleicht bereits gelöst sein, wenn diese Zeitung in die Hände unserer Mitglieder gelangt. Aber wie diese Krise auch gelöst werden mag, die Entwicklung der politischen Parteien, wie auch die der Gewerkschaften wird davon abhängen. Die Gewerkschaften sind durch die Maßnahmen des Vorstands des Gewerkschaftsbundes aus ihrer politischen Neutralität gerissen und der hohen Politik zugeführt in einem Maße, das uns selbst die kühnste Phantasie nicht hat träumen lassen. Das zwingt uns nunmehr, die objektiven Ursachen der gegenwärtigen politischen Verhältnisse zu untersuchen und ohne Rücksicht auf irgendwelche Zustände oder Personen die nach unserer Meinung notwendige Kritik zu üben.

Wir haben bereits vor Monaten unsere Leser auf die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands aufmerksam gemacht. In der Nummer 47 vom 22. November 1919 wiesen wir auf die reaktionären und gegenrevolutionären Mächte des alten Regimes, auf die Bewahrung, das Treiben und die Verschönerungen der Offiziersklasse hin. In der Nummer 49 vom 6. Dezember 1919 legten wir in einem Artikel „Vor dem Staatsstreich“ die unmittelbare Gefahr eines Militärputsches dar. Was wir besonders in letzterem Artikel vorhergesagt haben, ist am 13. März bis in alle Einzelheiten eingetreten. Wir haben damals auch auf die Ursachen des kommenden reaktionären Staatsstreiches hingewiesen, indem wir schrieben: „Das verklagte Volk Deutschlands hat während des Krieges unfagbar schwer gelitten und ist nach dem Kriege noch mehr in Not und Elend hinabgedrückt worden. Aus dieser Not und Entbehrung wachen Empörung und Ingrimm über diese Tatsache hervor, zugleich aber das heisse Verlangen nach der Befreiung aus diesem Elendszustand. Darum setzen die revolutionären Kräfte zu neuem Stöße gegen das Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft an. Die kapitalistische Gesellschaft, gestützt auf die Regierung und auf die parlamentarische Demokratie, sucht das erschütterte kapitalistische System wieder aufzurichten und gegen den Ansturm des revolutionären Proletariats zu schützen. Sie schafft sich dazu reale Machtmittel in einer Reichs- und Sicherheitswehr, konnte es aber nicht verhindern, daß diese Machtmittel in die Hände monarchisch gestimmter Offiziere gerieten, die sie gegen die Regierung der Demokratie ansetzen, wenn diese sich den Reaktionären gegenüber widerspenstig zeigt.“

Schon lange vor dem 13. März waren die monarchischen Staatsstreicher in der Lage, die Regierung und die Nationalversammlung davonanzujagen. Die besonnenen Elemente rieten davon ab, sie wollten die Zeit dazu heranreifen lassen. Aber die Dinge haben ihre eigene Logik. Unversehens war der Staatsstreich da. Die Schuld trägt die Regierung, die hinter ihr stehenden Koalitionsparteien und vor allem Moske selbst. Die Regierung konzentrierte ihre ganze Kraft gegen links, während sie den monarchischen Staatsstreikern jede Bewegungsfreiheit gelassen hat. In einem Artikel in Nr. 5 mit der Überschrift „Die Angst“ haben wir die von Lüttich-Graben regierenden Bauer-Moske in ihrem Tun und Treiben vorgeführt, wie sie unter der Brutalität gegen das Proletariat ihre schlotternde Angst und Schwäche zu verbergen suchten.

Wir haben am 6. Dez. 1919 in der Nr. 49 auch dargelegt, wie sich die Arbeiterschaft bei einem Staatsstreich verhalten muß. Wir sagten, daß dadurch der Bürgerkrieg in Deutschland erneut in ein altes Stadium treten würde als Gegenwirkung der Arbeiterschaft und führten dann weiter aus:

„Das Ziel dieser Gegenwirkung darf freilich nicht sein, die bürgerliche Republik zu retten vor dem Staatsstreich der Monarchisten und sie mit Arbeiterblut wieder zusammenzuleimen, auf daß sie auf neue die Arbeiterklasse wie vorher politisch und wirtschaftlich unterdrückt. Die bürgerliche Republik ist die Brutstätte der monarchischen Reaktion. Die scheinsozialistisch-bürgerliche Regierung hat sich aus Furcht vor der Arbeiterklasse in die Arme des neuen Militarismus geworfen. Sie hat die Einwohnerwehren und Bauernwehren geschaffen. Sie hat Hindenburg und Ludendorff wie Heisterich nicht nur ruhig arbeiten lassen, sondern hat ihnen das Sondereckler erließert. Sie hat die Arbeiterklasse, die erbitterte Gegnerin dieser Kreise, mit voller Absicht geschwächt. Ihr ganzes Herrschaftssystem ist eingestürzt auf das eine Ziel: Niederhaltung der Arbeiterklasse, Niederhaltung der sozialen Revolution. Die bürgerliche Republik verteidigen gegen den monarchischen Staatsstreich würde für die Arbeiterklasse bedeuten, selbst das Instrument ihrer Unterdrückung zu unterwerfen. Die Arbeiterklasse muß den Kampf aufnehmen. Sein Ziel aber muß sein, gleichzeitig mit der Macht der monarchischen Reaktion die Macht des kapitalistischen Systems zu zerbrechen, an die Stelle der bürgerlichen Republik die Arbeiterrepublik Deutschlands zu setzen und mit Hilfe der Klassenmacht des Proletariats den Weg zum Sozialismus zu bahnen. Die deutschen Proletarier haben 1918 für die Bourgeoisie gekämpft, die sie verrät. Sie haben 1918 den bürgerlichen Mittelparteien, die zu feig waren, sich selbst die politische Macht zu erkämpfen, zur politischen Macht verholfen und haben dafür die Diktatur der bürgerlichen Republik gerettet. Sie müssen erkennen, wohin die Politik der scheinsozialistisch-bürgerlichen Regierung führt, die die Früchte der Revolution erntet:

zum Staatsstreich der Reaktion. Sie mögen daraus die Lehre ziehen, daß es an der Zeit ist, an die Aufrichtung ihrer eigenen Macht zu denken, wenn sie nicht dauernd Sklaven bleiben wollen.“

Die angezogenen Artikel haben uns schwere Vorwürfe eingebracht. Selbst Kollegen, die politisch auf unserem Boden stehen, gaben uns ihren Unwillen kund. Die Ereignisse haben uns recht gegeben. Und wenn wir jetzt dazu übergehen, die nunmehr gegebenen Tatsachen auf ihre weitere Auswirkung zu untersuchen und dabei das Verhalten der Parteien, Instanzen und verschiedener Personen kritisch behandeln, so wissen wir heute schon, das man uns abermals Vorwürfe machen wird, die wir aber ertragen werden, wie wir die früheren ertragen haben.

Nachdem die Regierung Ebert-Bauer-Moske durch ihre feige Flucht der Kapp-Lüttich-Gesellschaft die Regierung überlassen hatte, trat das gesamte Proletariat Deutschlands in den Generalstreik. Nicht um den Hasenfuß die Ministerstempel wieder freizumachen und die bürgerliche Republik zu verfestigen, sondern um die proletarische Revolution ein gut Stück vorwärts zu treiben. Die Kräfte und Gegenkräfte waren nicht überall gleich. In dem westfälischen Industriegebiete stieß das kämpfende Proletariat sehr weit vor. Es schlug die militärischen Kräfte der Kapp-Lüttich wie auch die der Bauer-Moske und setzte sich außerdem in den Besitz der politischen Macht. Ähnlich, wenn auch nicht so günstig, stand es in mehreren Bezirken Mitteldeutschlands und im vogtländischen Gebiet. Auch in Pommern und Mecklenburg beherrschte die Arbeiterschaft an vielen Stellen die militärische und politische Gewalt, dergleichen auch im Freistaat Sachsen und in der Provinz Brandenburg. Andere Städte standen tagelang im beständigen Kampfe, der oft sehr verlustreich war und der Arbeiterschaft Niederlagen brachte. In Berlin wurde der Generalstreik restlos durchgeführt, das gesamte Wirtschaftsleben dieser Riesengasse stand still und unterhöhlte die in Berlin militärisch starke Stellung Kapp-Lüttich in wenigen Tagen. Eine bewaffnete Gegenwehr konnte die Berliner Arbeiterschaft nicht aufnehmen, dazu fehlten ihr die Waffen, während dem Gegner nicht nur zahlenmäßig starke militärische Kräfte zur Verfügung standen, sondern auch gut ausgerüstete und im Straßenkampf erprobte Truppen.

Die im Kampfe stehenden Arbeiter, Angeestellte und Beamte, denen sich auch neuerelemente bürgerliche Elemente angeschlossen, bildeten eine geschlossene Kampffront gegen Kapp-Lüttich, aber nicht auch gegen die alte Regierung Ebert-Bauer-Moske. In vielen Orten hatten die drei Arbeiterparteien S. P. D., U. S. P. D. und K. P. D. sich zu gemeinsamem Vorgehen verpflichtet. Als aber die fünfjährige Regierung Kapp-Lüttich beseitigt war, versuchten die auf dem Boden der alten Regierung stehenden den Kampf abzubringen, da ja ihr Ziel erreicht war. Das deutsche Proletariat ist zurzeit noch keine einheitlich revolutionär-gestimmte Masse. Diese Tatsache muß beachtet werden. Das Proletariat zu einer einzigen geschlossenen Kampffront zusammenzufassen, muß die nächste Aufgabe sein.

Zurzeit hört man überall den Ruf nach der Einigung des Proletariats. Aber solange noch erhebliche Teile des Proletariats auf dem Boden der formalen Demokratie und der Arbeitsgemeinschaften stehen, während andere Teile die Demokratie und die Arbeitsgemeinschaften ablehnen und den revolutionären Klassenkampf wie auch die Klassenherrschaft des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus für notwendig erachten, ist eine Einigung unmöglich. Beide Geistesrichtungen müssen im Meinungskampfe sich durchsetzen versuchen, nur so kann schließlich eine Einigung des Proletariats erfolgen, das heißt, es muß einer Geistesrichtung gelingen, das Proletariat hinter sich zu scharren.

Die geistige Konstellation des deutschen Proletariats macht es den politischen Parteien zur Pflicht, die Führung der politischen Kämpfe zu übernehmen. Auf keinen Fall darf sich eine Gewerkschaft oder der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Führung politischer Kämpfe anmaßen. Wohl kann eine Gewerkschaft oder auch der Vorstand des A. D. G. B. eine politische Parole ausgeben, die den Beschlüssen seiner übergeordneten Körperschaft entspricht, damit ist seine Tätigkeit erschöpft. Ob diese Parole von dem einzelnen Mitglied befolgt wird, das hängt ganz von der politischen Überzeugung desselben ab. Die Gewerkschaft vereint alle Arbeiter, unbefürchtet ihrer politischen Überzeugung, während eine Partei nur Mitglieder dulden kann und darf, die auf dem Boden ihres politischen Programms stehen. Wir haben diese Auffassung auch vertreten bei den Wahlen zu den Betriebsräten, weil nach unserer Auffassung es sich dabei um eine Wahl handelt, bei der die politische Überzeugung der Mitglieder entscheiden muß. Das bedingt wiederum, daß sich die Gewerkschaften mit politischen Fragen beschäftigen, denn der zur Gesundung der Arbeiterbewegung führende politische Meinungsaustrausch kann und darf innerhalb der Gewerkschaften nicht unterbunden werden. Ist die Klärung soweit gefördert, daß innerhalb der deutschen Gewerkschaften eine einheitliche politische Meinung vorhanden ist, dann können die Gewerkschaften gemeinsam mit der anerkannten politischen Partei die Führung politischer Kämpfe übernehmen.

Was hat sich nun bei dem politischen Generalstreik ereignet? Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat die Führung zu übernehmen versucht. Legien verhandelte mit der Krümmern der davongelaufenen Regierung nicht als Politiker, sondern als Vorsitzender der deutschen Gewerkschaften. Er forderte zuerst den Rücktritt der gesamten Regierung und unterbreitete gleichzeitig ein Programm. Nach stundenlangen Verhandlungen konnten Vereinbarungen zustande, die von der „Wirtschaftlichen Zeitung“ als „unklar in Form und Zielen“ bezeichnet werden und die von dem seit November 1918 reaktionär gebärdenden „Berliner Tagblatt“ bezeichnet wurden als „nicht so schwerwiegender Natur, daß sie nicht bei einigen guten Willen durchzuführen wären“, zumal ja durch die mündlichen Verhandlungen die beim schriftlichen Lesen erscheinende Schärfe genommen werden sei.

Als die Fraktion der sozialdemokratischen Partei der Nationalversammlung in Stuttgart Gustav Moske das Vertrauen aussprach

und dadurch einen Teil der Legienschen Forderungen fallen ließ, erklärte Legien, er werde seine Forderungen der Fraktion nochmals unterbreiten, füge sich die Fraktion nicht, dann werde er und seine Freunde aus der Fraktion austreten, damit sei die Fraktion der S. P. D. erledigt und mit ihr die ganze sozialdemokratische Partei.

Diese Vorgänge beweisen, daß der Vorstand des deutschen Gewerkschaftsbundes, der noch vor wenigen Wochen die Gewerkschaften ausschließen wollte, die die Politik in die Gewerkschaften tragen, jetzt selbst die höchste Politik treibt. Er hat das ja schon früher getan. Wir haben diese widerliche Heuchelei in der Nr. 12 unserer Zeitung in dem Artikel „Der Kampf um die Betriebsräte“ entsprechend gewürdigt.

Als Legien sein Ziel erreicht glaubte, dekretierte er den Abbruch des politischen Generalstreiks. Es führte ihn dabei nicht, daß zur selben Stunde der monarchisch gestimmte General v. Seeckt den verschärften Belagerungszustand und die Standgerichte verhängte, auch nicht, daß die Regierung Bauer mit den Militärs verhandelte über ihre Verwendung zur Niederschlagung der rheinisch-westfälischen Arbeiter, auch nicht, daß eine große Anzahl Parteigenossen wegen ihrer Gesinnung standrechtlich erschossen wurden. Dessen ungeachtet verlangt Legien und mit ihm der Vorstand des Gewerkschaftsbundes den Abbruch des Generalstreiks. Damit war die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse getrümmert und ihre Aktionskraft gelähmt, trotzdem auch nicht die mindeste Sicherung für die Durchführung der verschwommenen Vereinbarung gegeben war. Wir müssen es aber auch auf das allerhöchste zurückmessen, daß eine Instanz sich das Recht anmaßt, den Abbruch des Streiks über die Köpfe der Streikenden hinweg zu verfügen. Darüber haben die Streikenden durch ihre Vertreter selbst zu entscheiden. Wir glauben, über die Notwendigkeit der Fortführung des Streiks sind große Teile der Arbeiterschaft anderer Meinung als Legien. Wenn auch nicht die Regierung als jetzt erreichbares Ziel erstrebt wurde, so glaubten doch viele, das Proletariat sei in einer Kampfposition, die ein weiteres Vortreiben zum Sozialismus ermöglicht, und daß vor allem vor Abbruch des Streiks erst Sicherungen gegen Rückschläge geschaffen sein müssen.

Welche Bewirung die Tätigkeit des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes nicht nur in die Reihen der Streikenden, sondern auch in die Reihen führender Gewerkschafter getragen hat, das beweist wiederum die Haltung der Berliner Gewerkschaftskommission. Bei der Wahl zu den Betriebsräten ordnete sich diese Fraktion unter die Parole des Bundesvorstandes, trotzdem die Mehrzahl der Mitglieder politisch eine andere Auffassung haben, sie fügten sich aber, damit keine Politik in die Gewerkschaften getragen wird. Jetzt macht der Vorstand des Gewerkschaftsbundes in der höchsten Politik und nun ordnet sich die Gewerkschaftskommission wiederum unter die Parole des Bundesvorstandes, trotzdem Legien klar und scharf zu erkennen gegeben hat, daß er auf dem Boden der formalen Demokratie und der Arbeitsgemeinschaften steht, während die Mehrzahl der Mitglieder der Gewerkschaftskommission nach ihrer politischen Überzeugung das Gegenteil vertreten müssen. Und das neuerlich, daß Legien nichts anderes als einen Schacher um die Ministerposten trieb, den ein Revolutionär nicht unterstützen darf.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes will maßgebenden Einfluß bei der Neubildung der Regierung ausüben. Es hat den Anschein, daß eine stark gewerkschaftlich orientierte Regierung zustande kommt, die sich auf die Demokratie und die Arbeitsgemeinschaften stützt. Das wäre im wesentlichen dieselbe Politik, die bisher vom schwarz-gold-rosaroten Block getrieben worden ist, nur mit anderen Personen, die nicht eine politische Partei, sondern das Milieu der Gewerkschaften hinter sich haben. Damit würden die Gewerkschaften noch stärker in eine Politik hineingezogen, die wir für verhängnisvoll halten. Nach unserer festen Überzeugung würden die Gewerkschaften dadurch dem gleichen Schicksal verfallen, dem die rechtssozialistische Partei verfallen ist, sie würden von rechts und links zermalmt werden. Unsere Organisation muß sich auf Grund ihrer Stuttgarter Beschlüsse entscheiden wehren, wenn von dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes der Versuch gemacht werden sollte, sie mit an den korrupten und bankrotten bürgerlich-demokratischen Staatskarren zu spannen.

Unsere Befürchtungen sind um so berechtigter, da durch den frühzeitigen Abbruch des Generalstreiks die alten Gewalten sich wieder zu fähigen beginnen und zum Schlage gegen die weit vorwärts gestürzten Genossen in Rheinland und Westfalen wie auch an anderen Orten Deutschlands ausholen. Die Regierung hat bereits Kommissare nach Paris geschickt, die von der Entente die Erlaubnis zu großen militärischen Maßnahmen im Ruhrgebiet einholen sollen. Der Beschluß der Gewerkschaftsvorstände und der Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien vom 22. März besagt unter Punkt 5, die Reichsregierung habe die bindende Erklärung abgegeben, daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen. Hier sehen wir, was von den „bindenden Erklärungen“ der Reichsregierung zu erwarten ist.

Die alten gewordenen revolutionären Kräfte wirken sich weiter aus, das ergibt sich aus den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Stellung der Regierung ist politisch und wirtschaftlich stark geschwächt. Sollte sie wie früher sich nur auf militärische Gewalt stützen, dann wird sie bald zusammenbrechen. Sie kann sich auch nicht mehr auf die bürgerlichen Parteien stützen, sondern muß ihren Fuß in den Arbeitermassen suchen. Dabei muß aber auch die „verfassungsmäßige parlamentarisch-demokratische Grundlage“ preisgegeben werden. Ein rein sozialistisches Ministerium auf dieser Grundlage würde auch sehr bald im revolutionären Wirbel unserer Zeit verschwinden. Nur diejenigen, die ihr lazes revolutionäres Programm hochzuhalten vermögen und es verwirklichen erstreben, werden den Stürmen standhalten.

Stuttgart, den 26. März 1920.

Wir haben gelernt!

Die Gegner der Forderungen der organisierten Arbeiterschaft, besonders bei der Sozialisierung, gehen jetzt mit der Organisierung der Arbeit in Rußland hausieren. Die Maßnahmen, die tatsächlich Sowjetrußland ergreift, um die wirtschaftlichen Aufgaben lösen zu können, werden hingestellt als Taten, die im Widerspruch stehen zu den politischen und gesellschaftlichen Grundsätzen, welche von der Arbeiterschaft aufgestellt und für die sie Jahrzehnte gekämpft und gestritten hat. Besonders niedlich bringt dies „Der deutsche Metallarbeiter“, Organ der Christlichen, zuwege. Er glaubt, die „U. S. P.-Leitung des vollen, sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes“ darauf hinweisen zu müssen und empfiehlt uns, aus den Vorkommnissen in Rußland zu lernen zum Nutzen des deutschen Vaterlandes.

Rußland hat Arbeitsarmeen aufgestellt, welche nach den Gegenden dirigiert werden, wo momentan das Wirtschaftsleben gebietet, sofort mit aller Kraft eingzugreifen, um die Produktion auf die Höhe zu bringen, um somit den Bedürfnissen des Staates gerecht zu werden. Besonders ist dies in den Gegenden der Fall, die bis vor kurzer Zeit in den Händen der Gegenrevolutionäre sich befanden, wie der Ural und das Dongebiet, die Quellen der russischen Industrierohstoffe, welche bisher für den Bedarf der Nation nicht erreichbar waren. Wäre dieses Hindernis nicht gewesen, würde Sowjetrußland heute zweifellos weiter im Aufbau seiner Wirtschaft sein. Der Arbeitszwang ist eingeführt für jede Person und wird mit den nötigen Rücksichten auf die persönliche Eignung reiflos durchgeführt. Wo es die Lage erfordert, wird die Arbeitszeit von 8 Stunden am Tage überschritten im Interesse der Allgemeinheit. Unter einer strengen Leitung nach einem wohlüberlegten Plan wird dann an Werk gegangen und in kurzer Zeit werden die sich auftürmenden Schwierigkeiten beseitigt sein. Dieses gewaltige Werk ist in Rußland möglich, das russische Proletariat geht ans Werk in dem Bewußtsein, für sich, für sein Ideal und seine Zukunft zu arbeiten.

Man ruft uns zu, aus dem russischen Vorgehen zu lernen. Wir haben in dieser Sache nichts zu lernen, sondern die uns mahnen wollen, mögen daraus lernen. Selbst dem deutschen Proletariat die Freiheit, die das russische besitzt, gibt ihm die Gewißheit, für sich und seine Zukunft zu schaffen, gibt ihm das Recht, die Früchte seines Fleißes auch zu genießen. Und gibt ihm dem Proletariat sein Recht und seine Freiheit gegeben, dann werden auch in Deutschland Arbeitsarmeen aus dem Boden gestampft werden können, mit Lust und Liebe wird die Arbeiterschaft ans Werk gehen, so daß in kurzer Zeit die Bedürfnisse der Gesamtheit befriedigt werden können und die Menschheit einer sonnigeren Zukunft entgegengeht. Nur dann wird der Arbeitszwang möglich sein, wenn er für alle gilt, auch für jene Drogen, welche sich in unserem heutigen Staatswesen so wohl fühlen, welche ein faules Schlemmerleben führen und ständig von der Arbeitsunlust und Begehrlichkeit der Arbeiter fassen. Ferner für jene Schieber und Wucherer, die agrarischen und großindustriellen Saboteurs des Wirtschaftslebens, welche durch ihre Praktiken die arbeitende Bevölkerung zur Verzweiflung treiben und den Staat in seinen Grundfesten gefährden. Wenn der Staat den Willen zeigt, alle Kräfte des Volkes ohne Rücksicht auf Geburt und Herkunft genau wie in Rußland der Produktionssteigerung dienstbar zu machen, dann wird die Regierung das Proletariat als die treueste Stütze an ihrer Seite finden, dann werden keine Raskiten und Schleichhändler mehr Gelegenheit haben, auf das Proletariat loszuschlagen und den Schatz nach Recht und Freiheit im Wege zu entfernen.

Doch was wollen sie unsere Freiheit nicht, sie wollen herrschen, das Proletariat soll arbeiten; sie wollen den Segen der Arbeit für sich in Anspruch nehmen. Wie der Kapitalismus soll sich der Arbeiter abkneipen und dann, wenn er am Ende seiner Kräfte ist, mag er zu liegen, wie er sich durch den Rest seiner Tage schleppt. Die Produktionssteigerung soll jetzt aus den Knochen der einzelnen Arbeiter geschnitten werden, Arbeit, Arbeit, Gewinnmaximierung und aller ähnlichen Lock- und Zwangsmittel. Eine neue die Praxis eingeleitet, die jetzt den Gewinnsüßigkeiten durch die niedere Kultur so reichlich zusetzen, ist die Nachfolge nach Stalin nur einigermaßen gebietet und die Riesenmaschine nicht mehr vorhanden, so daß eine Schmälerung des Profits droht, dann sagt der Kapitalismus seine künftigen Wirtschaftspraktiken in Szene, er schreut unter dem Vorzeichen des Mangels an Kapital die Produktion ein und die Waffen der Krise trägt wieder die Arbeiterschaft. Der Unternehmer hält die Krise aus, seine jetzigen Profite er-möglichen ihm, die Steuern zurückzufassen. Der Arbeiter lebt aus der Hand in den Mund, wundert er dann als Arbeitsloser von Betrieb zu Betrieb, so ist er der Verleumdung ausgesetzt. Sein Schicksal ist dem Arbeiter wohl bekannt, darum steht er den heutigen Aufbaumethoden in Deutschland ablehnend gegenüber. Er setzt sein Leben aufs Spiel für die Zukunft, für den Sozialismus. Nur unter dem Sozialismus werden die bangen Sorgen um die Fristung des nächsten Lebens, von ihm genommen sein, wird er in den Genuss seines Fleißes und seiner Arbeit kommen können.

Das Sozialisierungsproblem in Deutschland

(Fortsetzung.)

Das Umfang der Sozialisierung.
 Fast alle, die sich für die Sozialisierung aussprechen, fordern zunächst die Sozialisierung des Bergbaues aus verschiedenen Gründen. Nicht nur deshalb, weil die Kohle die Grundlage des gesamten Wirtschaftslebens bildet, sondern vielmehr aus dem Grunde, weil die Kohlenindustrie von privatwirtschaftlichen monopolistischen Organisationen — Kohlenkartelle — beherrscht wird. So sagt auch der Bericht der Sozialisierungskommission, daß für Deutschland der Umfang maßgebend sei, daß der weitaus größte Teil der Kohlenindustrie in regional monopolistischen Syndikaten und Kartellen vereinigt ist. Diese verwerfliche Stellung der Syndikate gründet sich auf den Besitz der Kohlenfelder, so daß dieses Monopol an dem wichtigsten Rohstoff ein Herrschaftsverhältnis konstituiert, das zum Schaden der übrigen Volksgenossen, Kleinrentner, Kleinrentner, Arbeiter und Bauern geworden ist. (Bericht der Sozialisierungskommission, Seite 3 und 4.)

Genosse Götterding sagte in seinem Vortrag auf dem Reichstageskongress zu Berlin, daß die Sozialisierung sich auf solche Fälle beschränken sollte, in denen die Sozialisierungsmaßnahme die größten Vorteile bringt, die ebenfalls herbeiführt, abergreift. Professor Richter meint, daß auch die Bedingungen für die Sozialisierung sehr seien. Der sogenannte Vorkriegsbergbau war ein Wirtschaftswunder, ein guter Reiz der wirtschaftlichen Entwicklung im Bergbau und der Schwerindustrie, empfahl ebenfalls, daß die Sozialisierung bei Kohle und Stahl einleiten könne. Er ist aber der Ansicht, daß die Sozialisierung des Bergbaues ein Schritt sein würde, da gerade im Bergbau es eine ganze Reihe Unternehmungen gäbe, bei denen der Bergbau des Unternehmens im höchsten Grade vorhanden sein würde. Man denke an die große Bergbauindustrie, gegründet auf ingeniourische und wissenschaftliche Grundlagen, zum Beispiel, die Unternehmungen, wo unter sehr hohem Maßstab früher oder später als Nebenbetriebe... Eine Sozialisierung von solchen Betrieben nicht in Frage... Es geht, meint er, deshalb in die Geschichte des Bergbaues zurück, was darüber hinausgeht, kann vorläufig ganz außer Betracht bleiben. (Seite 21)

Alle jene, welche glauben, die entschlossenen sozialistischen Arbeiterschaft auf Rußland hinweisen zu müssen, können ihre Worte sparen. Gerade weil die deutsche Arbeiterschaft aus den Verhältnissen in Rußland gelernt hat, ist sie fest davon überzeugt, daß dies der einzig mögliche Weg ist, um zum Sozialismus zu gelangen. Die Vorkommnisse der letzten Zeit haben so manchem die Augen geöffnet, haben ihm gezeigt, woran es hängt, daß Deutschland nicht hochkommen kann. Die gesamten Produktionsmittel befinden sich in den Händen jener Kreise, welche hemmend dem Fortschritt im Wege stehen. Diese Macht haben sie reiflos ausgenutzt, durch eine bewußte Sabotage die Schwierigkeiten aufgetürmt in der Hoffnung, daß dann eines Tages dieses Staatswesen zusammenbricht und sie die Herrschaft über den Staat nach ihrem Gutdünken aufbauen können. Selbst Behörden ermöglichten dieses Treiben. Auch hieraus haben wir gelernt. Die Produktionsmittel müssen aus den Händen der Reaktion genommen werden, um den Staat vor Erschütterungen und Schäden zu bewahren, daß nicht ein kleiner Kreis mehr die Möglichkeit hat, alles Aufgebaute und alle Arbeit in Trümmer zu schlagen, nur um ihre Vorrechte, ihre Macht sich zu erhalten. Das Schicksal seit der Revolution soll nicht spurlos an der Arbeiterschaft vorbeigegangen sein. Wir wissen nun, wo die Feinde stehen, wissen auch, daß nur durch ein volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Hand- und Klopferarbeiter dieses Treiben für die Zukunft unterbunden werden kann, und wir werden unsere Forderungen erheben im Interesse der Allgemeinheit. Mögen sich noch so viele kleine Geister der Entwicklung entgegenstellen, es wird auch über sie hinweggehen. Das Proletariat ist reifer geworden und wird sein Schicksal entscheidend mitbestimmen.

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser kommen, wird die Niederschlagung der Krapp und Genossen gelungen sein. Diese kurz-sichtigen Rufführer hatten nicht mit der furchtbaren Waffe der organisierten Arbeiterschaft gerechnet, sie glaubten, gestützt auf die Truppen, ihren Willen durchsetzen zu können. Doch der Generalfeldmarschall des deutschen Proletariats hat in wenigen Tagen dieses Aufschloß gerückt. Die Gefahr der Reaktion ist vorläufig beseitigt, der Pulz der Militaristen zusammengebrochen. Das Proletariat wird auf der Hut sein und ganz besonders sein Augenmerk auf das Wirtschaftsleben richten, denn dort besteht die Gefahr, daß die Reaktionen die Wut über ihren Mißerfolg an deutsche Weite anlassen. Um diese Gefahr zu beseitigen, müssen wir jetzt als Garantie für die Zukunft die Einleitung der Sozialisierung mit Nachdruck fordern.

Darum, Bahn frei für den Sozialismus und Deutschland wird von seinen Feinden und Leiden sich erholen. Denn wir haben gelernt!

Die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands

III. Die Lage des Transportwesens in Sowjetrußland.

Gegen Ende Januar 1920 fand in Moskau der 3. allrussische Kongress der Wirtschaftsräte statt, auf dem die Wirtschaftslage Sowjetrußlands von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchtet wurde. Der auf dem Gebiete des Transportwesens bedeutende Sachmann, Professor Komonossow, hielt einen Vortrag, dem wir nach der „Ekonomschokkaja Sibir“ folgendes entnehmen:

„Vor zwei Jahren schien es“, sagte Komonossow, „daß wir nur zwei Auswege haben — entweder mit Ehe unterzugehen oder die soziale Revolution in der ganzen Welt zu entzünden. Dement-sprechend legen wir auch wenig Wert auf unsere eigenen materiellen Mittel, darunter auch auf die Eisenbahn. Es muß offen herausgesagt werden, daß der Bürgerkrieg das Transportwesen am meisten ruiniert hat.“

Unsere Voraussetzungen haben sich nicht ganz erfüllt. Wir stehen vor einer dritten Zwischenlösung des Problems; wir sind nicht untergegangen, aber auch die Weltrevolution erwacht nicht so rasch, wie wir dachten. Wir haben gesagt, aber vorläufig nur zu Haus — in Rußland. Wir stehen jetzt vor einer ganz neuen, noch nie da-gewesenen Entwicklungsperiode — vor der Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem proletarischen Rußland und der kapitalistischen Welt. Wir befinden uns in der Lage, bei der Rußland eine sozialistische Insel in einem kapitalistischen Ozean bildet, und sehen uns gezwungen, Beziehungen mit der kapitalistischen Welt anzuknüpfen. Eine solche Lage kann auch eventuelle Jahrzehnte dauern, da für die nächsten Jahrhunderte einen Augenblick dürfen.

Das Merkmal der Aufhebung der Blockade wird nicht die brüderliche Hilfe der ausländischen Genossen, sondern die selbständige Hilfe der ausländischen Kapitalisten sein. Und dieser Umstand fordert von uns eine besondere paratale Wirtschaft mit den Mitteln des Volk-vermögens, die uns noch übriggeblieben sind. Wir müssen ausschließlich auf unsere eigenen Kräfte rechnen und nicht auf die auswärtige Hilfe. Es sind genug Güter gefertigt worden — unsere Vorräte ist jetzt neue Güter zu schaffen. Eines der Hauptaufgaben ist zweifellos das Eisenbahnen, da es ohne Eisenbahnen unmöglich ist, so zu leben, wie die Menschheit des ganzen Weltalls lebt. Wenn das Transportwesen nicht in Ordnung gebracht wird, so wird die Eröffnung der Grenzen

* Beachte die Abhandlungen in den Nummern 10 und 11.

die Lage nicht ändern: die Waren, die zu uns durch die Westgrenze geschickt werden, werden wir per Udsje nicht weitertransportieren können.

Wir müssen unbedingt unsere Eisenbahn retten. Das ist die Grundaufgabe unserer Republik. Wir haben Koks und Zement be-sitzt, wir müssen auch über die jetzigen Zustände des Transportwesens Herr werden.

Prof. Komonossow schildert dann ausführlich die Entwicklung des Transportwesens während des Krieges und beweist, daß der Haupt-schlag der jetzigen Krise in dem Einwaschen der kranken Waggons und Lokomotiven liegt. Während des Krieges waren betriebsfähige Wagen 95 v. H. und 5 v. H. kranke Waggons. Seit 1917 geht der Prozentsatz der kranken Waggons stetig hinauf und erreichte im April 1919 seinen Höhepunkt mit 19 v. H. aller Waggons. Darin ist noch nichts Furchtbares zu finden. Das Bild ändert sich aber schroff, wenn wir zu den Lokomotiven übergehen. In den Kriegsjahren mit 15 v. H. kranke Lokomotiven ein; während des Krieges sank der Prozentsatz der kranken Lokomotiven auf 12 v. H. herab. Seit November 1916 bildete sich in dieser Beziehung eine scharfe Krise heraus und die Lage verschlechterte sich immer mehr, so daß wir jetzt 59 v. H. kranke Lokomotiven besitzen.

Die Grundursache dieser Erscheinung ist in der langsamen Arbeit der Reparaturwerkstätten zu suchen. Vor dem Kriege wurden im Durchschnitt bei der mittleren Reparatur 8 v. H. der kranken Wagen in einem Monat ausgebessert, während des Krieges schwankte dieser Prozentsatz verschiedentlich, 1917 sank dieser Prozentsatz auf 1, sogar auf 1/2 v. H. Dann beginnt er zu steigen bis 1919, wo er wiederum sinkt. Die neuesten Angaben, bemerkt der Referent, sind mir unbekannt. Vermutlich sind es aber nur 2 v. H., die jetzt geliefert werden.

Es ergibt sich somit ein horres Bild. Wir haben keine Lokomotiven und können unsere Eisenbahnen nicht arbeiten lassen. Wir müssen alle unsere Kräfte für die Reparatur der Lokomotiven und Wagen auf-wenden. Es müssen übernatürliche Maßnahmen getroffen werden, um die Lage zu retten; wir müssen nicht 1 v. H., sondern mindestens 10 v. H. reparieren, um wenigstens die Anzahl der funktionierenden Lokomo-tiven zu erhalten, die uns jetzt zur Verfügung stehen. Wenn wir in dem gleichen Tempo fortfahren wie jetzt, so werden wir gegen Ende März dieses Jahres etwa 80 v. H. aller Lokomotiven außer Betrieb haben, was eine unermessliche Lage schafft.“

Prof. Komonossow weist dann darauf hin, daß Rußland nicht so bald vom Ausland neue Lokomotiven bekommen kann. Wenn es jetzt Bestellungen machen sollte, so wird es erst im November diese erhalten können. Auf diese Weise muß Rußland nur auf sich, auf seine eigenen Kräfte verlassen. Ferner beweist der Referent, daß man auch die nötigen Materialien zur Reparatur der Lokomotiven aufschaffen kann und bemerkt noch: „Das Schicksal Rußlands hängt von den Eisenbahnen ab. Vor drei Monaten erhielt Traktl den Ruf: Proletariat zu den Waffen! Heute muß es heißen: Arbeiter in die Fabriken und Werke, um die Waggons und Lokomotiven zu reparieren. Wir müssen das Transportwesen retten, koste es, was es wolle.“

Die Brennstoffversorgung (nach dem Referat von Komonossow).

Der Krieg hat die Produktionskräfte aller Länder erschöpft, aber insbesondere hat er die Lage der Brennstoffversorgung verschlechtert. Die Kohlenkrise in der ganzen Welt ist genug bekannt. Die Krise der Brennstoffe läßt man ebenso in den Vereinigten Staaten wie in Frankreich und Deutschland, insbesondere aber in Wien. In Rußland hat diese Krise ungläublichen Umfang angenommen und das ist völlig begründlich.

Betrachtet man den Verbrauch von Brennstoffen in Rußland 1918, so findet man, daß der Konsum von Steinkohlen ungefähr 24 Mil-lionen Rub betrug, wobei uns die eigene Gewinnung nicht ausreichte und wir ungefähr 1/3 Millionen Rub vom Ausland einführten. Über-dem verbrauchte Rußland ungefähr 470 Millionen Rub Naphtha, Petroleum und Öl. Als wir während der Revolution zuerst Wafu, dann das Dongebiet, Kusnez und Ural verloren haben, entging uns die Grundlage unserer Brennstoffgewinnung. In Holz verbrachten wir vor dem Kriege etwa 5 1/2 Millionen Kubikmeter, was ungefähr ein Sechstel der Brennstoffe ausmachte. Heute müssen wir ganz auf die Benutzung von Holz übergehen. Infolge der Kriegsergebnisse im Dongebiet ist die Gewinnung von Steinkohlen von 1 1/2 auf 0,54 Mil-lionen Rub gesunken. Ebenso stark ist die Gewinnung von Naphtha in Wafu zurückgegangen.

Wir mußten mit geringen Resten von Kohle und Naphtha aus-kommen. Zu Beginn der Saison 1918/19 besaßen wir circa 80 Mil-lionen Rub Naphtha. Eine Zeitlang besaßen wir uns im Besitz des Dongebietes und konnten unsere Kohlenvorräte etwas erhöhen. Jetzt sind unsere Vorräte, das müssen wir offen sagen, verschwindend gering. Gegen den 1. Dezember 1919 waren die Vorräte von flüssigen Brennstoffen ungefähr 5 Millionen Rub, während der Bedarf 470 Mil-lionen Rub beträgt.

Was die Verhältnisse in dieser Beziehung betrifft, so sind sie keineswegs aussichtslos, solange wir nicht im Besitz von Wafu sind. Das Naphtha in Emba, das wir erobert haben, wird höchstens 10 Millionen Rub ausmachen. Aber es ist auch sehr schwierig zu er-halten, solange wir keine Eisenbahn bis zu dieser Stadt haben und das Kaspiische Meer nicht befreit wird. In Bergan beträgt jetzt die Naphthagerinnung 60 000 Rub gegenüber 200 000 Rub in den vorher-gehenden Jahren. In Wafu und Grosni werden kaum mehr als 150 Millionen Rub Naphtha sein. Es fragt sich aber auch, ob wir bei dem jetzigen Zustande unserer Flotte diese Menge befördern können.

Stahlwerken mifflungen ist, weil sich dem die übrige Schwerindustrie widersetzt hat. Es wäre interessant zu erfahren, warum in dem Falle, wenn der Staat 10 bis 15 v. H. der Kohlen- und Eisenerze über-nehmen sollte, er besser fahren würde als mit den De Wendelschen Werken.

Übrigens wissen wir, daß der ziemlich bedeutende Vergrößerungs- des russischen Staates auf die Kohlenpolitik des Syndikats so gut wie ohne Einfluß geblieben ist. Es kommt also auf den Charakter des Staates an, was die meisten, die darüber schreiben, völlig außer acht lassen. Wenn der Staat nichts anderes ist als der Ausdruck der herrschenden Klassen, so bedeutet die Verstaatlichung ebenfalls nichts anderes als eine andere Form der kapitalistischen Wirtschaft. Um so mehr ist dies der Fall, wenn nur einzelne Wirtschaftszweige verstaatlicht werden. Dadurch wird der Charakter weder der Wirtschaft noch des Staates geändert. Allerdings kann man praktisch bei der Volksozialisierung so verfahren, daß man zunächst eine Reihe der wich-tigsten Betriebe übernimmt, ihre Organisation umgestaltet und dann erst allmählich zur Übernahme der anderen Betriebe schreitet.

Sozialisierung der Banken.

Was die Vergefeinschaftung der Banken betrifft, so finden wir, daß Otto Bauer wohl recht hat, wenn er sagt, daß die Sozialisierung der Banken nicht der Beginn des großen Sozialisierungsprozesses werden können, sondern wohl sein Abschluß und seine Krönung sein müssen. Er meint: „In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege haben die Banken die ganze große Industrie ihrer Herrschaft unterworfen; über den Industrien tronten als ihr Herr das Finanzkapital. Wer damals die Sozialisierung der Industrie er-woag, mochte mit Recht glauben, daß sie am besten mit der Sozialisierung der Banken begänne. Denn, wenn die Verfeinschaftung der Banken würde, würde sie eben dadurch auch zur Herrin der Industrie.“

Der Krieg aber hat die wirtschaftliche Funktion der Banken wesentlich verändert. Die Banken sind im Verlauf des Krieges so sehr zu Instrumenten des Staatsertrags geworden, daß demgegenüber ihre anderen Funktionen weit zurückgetreten sind. Im Grunde genommen waren sie während des Krieges nichts anderes als Requisitions-anstalten der Zentrverwaltung, mit der Aufgabe betraut, den letzten verfügbaren Heller für die Zwecke der Kriegführung zu requisieren. Der größte Teil der Aktiven der Banken besteht daher jetzt aus Forde-rungen an den Staat und aus Darlehen auf Staatsbürgerverschrei-bungen. Die Vergefeinschaftung der Banken hätte daher keine

Die Steinkohlenindustrie.

Im Gegensatz zu unseren Erwartungen haben wir das Dongebiet in nichtgeforderten Zuständen vorgefunden. Während der Herrschaft der Weissen wurde dort Kohlen gewonnen und die Gewinnung stieg sogar systematisch an. Sie betrug ungefähr 50 Millionen Rubel monatlich. Auf diese Weise ist zu hoffen, daß wir die Bergwerke bald wieder in Betrieb setzen werden und daß wir schon in der nächsten Zukunft ungefähr 15 Millionen Rubel werden erhalten können.

Das Anthrazit in den Gebieten, die neben Kofstov und Kowotsherlast liegen, ist auch erhalten geblieben. An Vorräten werden es wahrscheinlich ungefähr sein: 30 Millionen Rubel Steinkohle und 50 bis 70 Millionen Rubel Anthrazit. Was die anderen Steinkohlegebiete betrifft, so ist darüber folgendes zu sagen: Im Uralgebiet ist die Gewinnung von Steinkohle in rascher Entwicklung begriffen, mit Ausnahme von einem Gebiet, wo Ernährungsschwierigkeiten bestehen.

Im Dongebiet haben wir wahrscheinlich im Minimum 200 Millionen Rubel Kohlen, und sollte es gelingen, das Gebiet mit Lebensmitteln gut zu versorgen, so könnten wir vielleicht auch 300 Millionen Rubel Kohlen erhalten. Wir nehmen aber eine Menge von 250 bis 300 Millionen Rubel an. Die Resultate der Arbeiten im Kohlengebiet in der Gegend von Moskau sind außerordentlich gering. Die Gewinnung in diesem Jahre wird nicht einmal die Höhe der vorjährigen erreichen und ungefähr 25 Millionen Rubel ausmachen. Die Ursache des Rückgangs der Gewinnung ist in den außerordentlich schweren Bedingungen zu suchen, unter denen sich die Arbeit vollzieht. Vollständiger Mangel an Wohnungen, die Arbeiterfrage besteht hier nicht aus Proletariat, sondern aus Bauern, die die Kohlengewinnung nur als Nebenberuf betreiben.

Wir dürfen nicht allzu große Hoffnungen auf die Handelsbeziehungen mit dem Auslande setzen. Inzwischen müssen wir die Aufhebung der Weisung dazu ausüben, um unsere Elektrizitätswerke aufzubauen. Wir müssen allmählich zum Verbrauch von weißer Kohle übergehen, weil wir jetzt auf die barbarischste Weise unser Grundvermögen, den Waldreichtum, ausplündern.

Die „Christen“ polemisieren

Mit unseren Ausführungen in Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung hätten wir also mal ins Schwarze getroffen! Unser kleiner schwarzer Bruder in Duisburg gebärdet sich wie rasend. „Note Professorecher auf dem Kriegspfade“ bezieht sich das Geschimpfe auf unsere durchaus sachlichen Darlegungen. Der Artikel zeigt wieder einmal zur Genüge, auf welchem Niveau ein schwarzer Polemiker herabsinken kann, wenn er die Methoden der Münchener-Clubbacher Schule rechtzuzulassen verwendet. Das wüthende Geschimpfe verrät, wie außerordentlich es den Herrschaften ist, wenn ihnen der eigene schmutzige Spiegel einmal vorgehalten wird.

„Hohle Phrasen“ nennt der Kritiker im „Deutschen Metallarbeiter“ unsere Darlegungen. Was hatten wir geschrieben? Wir hatten festgestellt und dies mit beweiskräftigem Material belegt, wie die Schwarzen versuchen, die Erfolge der politischen Umwälzung für sich zu reklamieren. Wir warnen an Hand von Beweisen die deutschen Metallarbeiter, welche außerordentliche Gefahr für die Errungenschaften der Revolution besteht, wenn sie den Schwänzen aus Duisburg irgendwie Gehör schenken. Als größten Erfolg der politischen Umwälzung bezeichnen wir den Achtstundentag. Der Achtstundentag in seiner Allgemeinheit steht auf dem Spiel, wenn die Besäthe der Metallarbeiter in die Hände des Zentrumsmetallarbeiterverbandes gelangen. Zum Beweise für diese Behauptung zogen wir eine Rede des Vorsitzenden des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, Weber, heran, die derselbe in einer Stadtverordnetenversammlung in Duisburg gehalten hatte. Um nicht der Unbeliebigkeit geziehen zu werden, zitieren wir die diesbezüglichen Ausführungen Webers nicht aus einer sozialdemokratischen Zeitung, sondern wir bewandern wörtlich den Bericht der bürgerlichen Rhein- und Ruhrzeitung in der Nummer vom 20. November 1919. Hören wir nun, was das schwarze Metallarbeiterblatt zu dieser blamablen Lachschade zu sagen hat:

„U. U. kann es sich nun auch nicht versagen, jenes Gericht weiter zu lobpreisen, wonach unser Verbandsvorsitzender Kollege Weber sich für die Befestigung des Achtstundentages mit Ausnahme der Feuerarbeiter ausgesprochen haben soll. U. U. handelt da nach

dem alten sozialdemokratischen Grundsatz: Nur immer feste drauß, es wird schon etwas hängen bleiben.“

Ein wunderbares Jongleurstückchen! Demnach soll der Einbruch erweckt werden, als hätten wir uns diese Äußerung aus den Fingern gezogen. Wir fragen deshalb hier in aller Öffentlichkeit: Hat Franz Weber sich in der Weise ausgesprochen oder nicht? Wir verlangen hierauf eine unmissverständliche Antwort. Nach München-Clubbacher Manier wird dann der Zitatenfaden ausgetraut und zu beneiden gesucht, daß auch andere Leute sich ähnlich äußerten. Unter anderm wird auch der einstufige Sozialdemokrat und ehemalige Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Emil Roth als Kronzeuge herangezogen. Dieser „Kämpfer“, der jetzt in konservativen und antisemitischen Wäldern sein ehemaliges eigenes Nest beschmückt und von seiner früheren Organisation mehr als 30 000 M für nichtbezahlte Überstunden verlangt, ist diesen schwarzen Gefellen durchaus ebenbürtig und fühlen wir uns veranlagt, zu diesem Helfershelfer zu gratulieren.

Zur Sache selbst bemerken wir: Wir halten fest an dem Achtstundentag. Wir fühlen uns einig mit der gesamten Arbeiterschaft, wenn wir erklären, daß wir den Achtstundentag mit aller uns zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Noch einmal wird das Märchen aufgewärmt, als sei der Achtstundentag nicht eine Folge der politischen Umwälzung, sondern er sei der Initiative der Arbeiterschaft zu verdanken. Wir hatten nicht bestritten, daß die Gewerkschaften mit den Unternehmern in den Zusammenkünften im November 1918 den Achtstundentag vereinbart hatten. Doch wir hatten bemerkt, daß die Unternehmern, namentlich die der Schwerindustrie, niemals zu einem solchen Zugeständnis bereit gewesen seien, hätte ihnen nicht die Revolution im Nacken gestanden. Nur gewerkschaftlichen Kindsköpfen kann man einreden, daß Dr. Bauer und Genossen den Achtstundentag ohne die Revolution zugestanden hätten. Damit wollen wir den Wurschen laufen lassen, denn kein Kollege wird uns zumuten, auf das übrige müßte Geschimpfe einzugehen. Den Arbeitern der Metallindustrie aber rufen wir zu: Seid auf der Hut! Ihr seid verraten und verkauft, wenn ihr diesen Jesuiten in die Finger fallt. U. U.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen den weißen Terror in Ungarn

An die organisierten Arbeiter aller Länder! Kameraden! In seiner am 5. und 6. März in Amsterdam abgehaltenen Sitzung hat das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den entsetzlichen, unbeschreiblichen Verfolgungen Kenntnis genommen, denen die Arbeiter Ungarns jetzt unter der Gewaltherrschaft des weißen Terrors ausgesetzt sind.

Tausende von Männern und Frauen, deren einzige Missethat darin besteht, daß sie in den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Fachverbänden organisiert sind, schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern, wo sie, den schlimmsten körperlichen und seelischen Qualen ausgesetzt, schließlich an den Martern und Entbehrungen zugrunde gehen. Mehr als 5000 Genossen sind bereits hingerichtet worden, ohne Unteruchung, jeden Rechtsmittels beraubt. Hunderten und Tausenden droht dasselbe Los, wenn es nicht gelingt, der Morgengraue der Herrschen in Ungarn die Fügeln anzulegen.

Das Büro des I. G. B. hält es für die Pflicht des organisierten Proletariats aller Länder, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um dem gegen die ungarische Bewegung gerichteten Vernichtungskrieg und dem Mord an ihren besten Männern und Frauen Einhalt zu gebieten. Das Büro protestiert mit aller Macht gegen die bisher verübten Marterungen und Morde. Das Büro fordert von der ungarischen Regierung die sofortige Einstellung aller Verfolgungen. Das Büro verlangt von den Entente-Regierungen, auf die ungarische Regierung einen Zwang auszuüben, um diese zu nötigen, der Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vollständig nachzukommen. Das Büro ist entschlossen, falls die in der Gefängnissen und Konzentrationslagern gefangen gehaltenen Genossen nicht sämtlich in Freiheit gesetzt werden und der Morgengraue der ungarischen Regierung und ihrer Offiziersbände auch weiter noch Arbeiter zum Opfer fallen sollten, seiner Forderung durch kräftigere Maßnahmen den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes appelliert daher an alle angeschlossenen Landeszentralen und die ihnen angeschlossenen Organisationen, besonders an die Organisationen der Transportarbeiter, der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenangehörigen, für den Fall, daß der Internationale Gewerkschaftsbund hierzu das Zeichen geben wird, jede Arbeit zu verweigern, die im Interesse der heutigen ungarischen Regierung verrichtet wird.

Kameraden! Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die ungarische Regierung und die Regierungen der Ententeländer von seiner Forderung in Kenntnis gesetzt. Von ihnen wird es abhängen, ob diese kräftigen Maßnahmen nötig sein werden oder unterbleiben können. Dauern die Verfolgungen an, dann gibt es gegenüber den Martern und Morden an unseren ungarischen Freunden für das Ungarn des weißen Terrors nur den absoluten Boykott.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes rechnet auf euch! Es lebe die internationale Solidarität aller Länder!

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes: W. A. Appleton, Vorsitzender, L. Youhaug, 1. Vizevorsitzender, E. Mertens, 2. Vizevorsitzender, Edo Filmen, Sekretär, F. Dubegest, Sekretär.

Es ist auch nicht einzusehen, warum die kleinen Betriebe nicht lange in privatwirtschaftlichem Besitz bleiben sollen. Wenn in der kapitalistischen Gesellschaft viele Betriebformen der früheren Wirtschaftskrisen geblieben sind, selbst Reste der feudalen Verhältnisse, so könnte eine sozialistische Wirtschaftsordnung auch privatkapitalistische Betriebe dulden, die natürlich nur einen ganz geringen Umfang einnehmen dürften. Wie sich der Austausch von Waren mit diesen Betrieben vollziehen wird, wie sich ihre Produktion in das ganze System der staatlichen Verteilung der Produkte einordnen wird, wird die Zukunft lehren. Prinzipiell kann man aber gegen das Fortbestehen solcher privatkapitalistischer Unternehmen nicht viel einwenden. Auf jeden Fall wird man sich mit ihrer Existenz noch lange abfinden müssen.

Ist dem aber so, denkt an die sofortige Sozialisierung der kleinen und mittleren Betriebe niemand, so kann und darf man den Apparat nicht aus der Welt schaffen, der diese Betriebe mit Kapital speist und sie über Wasser hält. Eben deshalb müssen die Banken solange bestehen bleiben, bis die Verteilung des Kapitals nicht organisiert worden und der Staat noch außerstande ist, diese kleinen Unternehmer zu unterstützen.

Man darf auch die Funktion der Banken als Reservoir des Kapitals nicht übersehen. Ihnen gelingt es viel leichter, das Vertrauen der kleinen Sparer, besonders in bewegten revolutionären Zeiten zu erhalten als etwa einer Staatsbank. Es hängt allerdings von der Gesamtpolitik des Staates ab, inwieweit er das Vertrauen der kleinen Sparer gewinnen kann. Wird die Nationalisierung nicht durch Expropriation, sondern auf dem Wege der Entschädigung durchgeführt, so werden die kleinen Sparer auch dem Staate ihr Geld anvertrauen. Auf jeden Fall darf man den Mechanismus der Kapitalammlung nicht brechen, bevor man nicht einen neuen an seiner Stelle, einen ebenbürtig wirksamen, geschaffen hat.

Otto Bauer schlägt auch nicht die Sozialisierung der Banken, sondern ihre Überwindung vor. Er sagt: „Die Sozialisierung der Banken hat eine ganz andere Aufgabe als die Ver gesellschaftlichung der Großindustrie oder des Grundbesitzes. Hier handelt es sich nicht darum, den Boden und die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesellschaft zu überführen, sondern darum, die Macht, die die Verfügung über die fremden Kapitalien, die den Banken zur Verfügung gestellt werden, dem Finanzkapital gibt, ihm zu entreißen und sie der Gesellschaft zuzugewinnen. Daher bedarf es in diesem Falle keiner Expropriation; es genügt, die Macht, die heute die Aktionäre der Banken durch die von ihnen gewählten Verwaltungsräte ausüben, den Vertretern der Volk-

Der Aufruf des Vorstandes zum Generalstreik

Als am Morgen des 13. März die ersten Meldungen über den Rücktritt der Reaktion in Stuttgart einliefen, nahm der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes sofort zu den Vorkommnissen Stellung und erließ einen Aufruf an die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen, welchen wir hiermit auch allen Kollegen zur Kenntnis bringen wollen:

Die Reaktion hat zur Gegenrevolution ausgehollt! Beim Niederschreiben dieser Zeilen laufen die ersten Meldungen bei uns ein. Die seitherige Regierung gestützt, die Nationalversammlung aufgelöst, die Reaktion in Berlin im Besitz der Regierungsgewalt usw., das sind die Nachrichten, die uns bis zur Stunde erreichten.

Um was geht's? Wolle Klarheit muß darüber herrschen, daß es sich nicht etwa nur um einen politischen Staatsstreik handelt. Es geht um weit mehr. Die Reaktion geht an's Ganze. Das werktätige Volk soll mit Gewalt zurückgedrängt werden ins alte vorrevolutionäre Joch, politisch und wirtschaftlich geteubelt und unterdrückt. Man will die Arbeiterklasse zum willenlosen Ausbeutungssubjekt machen. Gerade wir Gewerkschaften haben in letzter Zeit an dem mit jedem Tage steigenden prozesshaften Übermut der Unternehmer gemerkt, wobei die Reize gehen soll.

Die Arbeiterklasse muß geschlossen auf dem Plan erscheinen, bereit zum Handeln, gewillt, alles einzusehen, um die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen. Nicht darum handelt es sich, einzelnen Personen oder Parteien ihre ungesunden Ministerposten zu erhalten, sondern die Interessen des gesamten werktätigen Volkes stehen auf dem Spiele. Konsequentes, entschlossenes Handeln muß der Arbeiterklasse den Aufstieg sichern.

Eine sozialistische Republik! Das ist unser Ziel, das muß die Lösung des gesamten Proletariats sein, vereint unter revolutionärem Banner. Die politischen Parteien der Arbeiterschaft sind in diesen Stunden dabei, zum Kampf aufzurufen. Soeben trifft eine Nachricht ein, die die Proklamierung des Generalstreiks meldet. Es gilt zu handeln. Natürlich nicht ziellos oder verzettelt am einzelnen Ort, sondern planmäßig, einheitlich und geschlossen auf der ganzen Linie, entsprechend der Parole, die von den Trägern der Bewegung an das Proletariat ergeht. Bei diesen Kämpfen, deren Ernst und Schwere nicht unterschätzt werden darf, muß sich jeder Arbeiter darüber klar sein, daß er persönlich alles einzusehen hat. Bei solchen Kämpfen können natürlich nicht die Mittel der Gewerkschaftsorganisation als Unterstützung für etwaige Streiktage in Frage kommen, sondern diese Kämpfe sind nur siegreich durchzuführen, wenn jeder einzelne persönlich zu jedem Opfer bereit ist.

Wir dieses Schreiben in die Hände unserer Funktionäre gelangt, haben die Zeitergebnisse dieser Zeilen zweifellos überholt. Wir können daher unseren Kollegen zur Stunde nur zurufen: Erretzt ein in die geschlossen Kampffront des Proletariats! Kämpft unter revolutionärem Banner gegen die Reaktion! Für den Sozialismus! Zeigt euch als Avantgarde des kämpfenden Proletariats! Steht überall in vorderster Reihe! Euch ruft die Pflicht! Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 4. April ist der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. April 1920 fällig.

- Wieder aufgenommen werden: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Eslingen: Der Schlosser und Fellenhauer August Riengle, geb. am 7. Juni 1880 zu Klosterreichenbach. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gera: Der Schiefer Paul Seliger, geb. am 8. September 1868 zu Münchensbersdorf. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jena: Der Dreher Karl Schmidt, geb. am 22. August 1855 zu Magdeburg. Öffentlich gerügt wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Langewiesen: Der Schlosser Walter Döfse, geb. am 12. Juni 1869 zu Großbreitenbach, Buch-Nr. 2, 253 940, wegen unkollegialen Verhaltens. Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Kraftfahrer Emil Kiega, geb. am 29. Oktober 1898 zu Bernsdorf, Mitgliedschaftsausweis Nr. 181 289, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragsmarken. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Breslau: Der Bandagist August Schwenderling, geb. am 4. Dezember 1864 zu Wichau, Buch-Nr. 590 053, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

wegen dieser Forderungen wie in der Friedenszeit und sie wäre heute, da wir zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft den Kredit des Auslandes brauchen, kaum so leicht durchzuführen und kaum so rasch am wirksam, wie sie in der Friedenszeit gewesen wäre... Wir werden die Banken zunächst ihre Kriegsschulden liquidieren, ihr normales Friedensgeschäft wieder aufnehmen und entwickeln lassen müssen, ehe an die Sozialisierung der Banken gedacht werden kann.

Ob die Banken in allen Ländern sich zu Kriegsdarlehensinstitutionen ausgebildet haben, mag dahingestellt bleiben. Wichtiger ist es, daß den Banken noch eine Funktion die Funktion der Kreditgewährung an private Unternehmungen wird erhalten bleiben müssen. Selbst die Anhänger der Vollsozialisierung sind sich wohl dessen bewußt, daß diese Sozialisierung nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, daß es ein längerer Prozeß sein muß und daß vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, das Hausgewerbe und Handwerk noch lange privatwirtschaftlich betrieben werden. Eine rasche Vollsozialisierung selbst der kleinen und mittleren Betriebe ist wohl auch technisch unmöglich, hat auch zu großen Rückschritten in Rußland geführt, wo übrigens die Hausindustrie nicht nationalisiert blieb. Die Zusammenfassung von kleinen Betrieben in Großbetriebe, die allein gesellschaftlich verwaltet werden können, führt zunächst dahin, daß eine große Menge von Arbeitern, die in den Betrieben beschäftigt waren, überflüssig wird. Es sei denn, daß die Produktion eine bedeutende Erweiterung nimmt und dadurch einer größeren Menge von Arbeitern bedarf. Kann läßt sich aber die Erweiterung der Produktion nicht ohne weiteres vornehmen, ist vielmehr von verschiedenen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängig. Vor allem ist jetzt die Produktion durch die Knappheit von Rohstoffen und Brennstoffen sowie den Mangel an Produktionsmitteln beschränkt. Wagt sich aber die Produktion nicht zu erweitern, so bleiben viele Arbeiter arbeitslos, wodurch schon allein die Durchführung der Sozialisierung unmöglich gemacht wird, es sei denn, daß der Staat sich eine gewaltige komplizierte Verwaltungsapparatur schafft, die alle Arbeiter in Staatsbeamte umwandelt. Doch aber auf diese Weise die Arbeitsproduktivität der Arbeiter rasch sinkt, ist ohne weiteres klar.

Es sei dabei auch auf das Gesetz der Massenproduktion, das von Bücher formuliert worden ist, hingewiesen. Das vervollkommneter Verfahren ist nämlich nur dann billiger und vorteilhafter, wenn es für eine größere Produktion angewendet wird. Weib die Menge der produzierten Waren auf der gleichen Höhe wie früher, so erreicht sich eine vervollkommneter Organisation der Arbeit als ein kostspieliges Verfahren und eine direkte Verwendung von Kapital.

gesamtheit zu übertragen. Das geschieht, wenn durch Gesetz bestimmt wird, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates jeder Großbank nicht mehr von der Generalversammlung der Aktionäre gewählt werden, sondern von den Körperschaften, die das Gesetz zu ihrer Wahl beruft.

Man kann natürlich die Kontrolle über die Banken auch auf einem anderen Wege durchführen, indem der Staat Kommissare in die Banken schickt. Wie denn aber auch sei, immer hat in der Beziehung recht, daß die Banken in der Zukunft unter der Leitung des Staates das Kapital nach den verschiedenen Produktionszweigen je nach Bedarf auf Grund des Gesamtentwicklungsplanes hinüberzuleiten haben. So wird gerade die Ver gesellschaftlichung der Banken zu dem entscheidenden Schritt zur Überwindung der kapitalistischen Anarchie.

Was die Sozialisierung der Landwirtschaft betrifft, so stimmen wir in dieser Beziehung durchaus mit Dr. Bauer überein, daß zunächst die Fortwirtschaft und der Großgrundbesitz ver gesellschaftlicht werden müssen, daß aber der bürgerliche Betrieb unentgeltlich bleiben soll, wenn auch der Staat sich eine Reihe von Rechten gegenüber diesen Privatbetrieben verschaffen muß. So beispielsweise wird den Gemeinden ein Vorkaufsrecht an allem Boden zu sichern sein. Die Bauern und Pächter werden verpflichtet werden, Betriebsverwaltungs-genossenschaften zu bilden und ihr Getreide, soweit sie es zu verkaufen wünschen, nur an diese Genossenschaften abzuliefern. Andererseits hat der Staat planmäßige Aufklärungsarbeit durch Errichtung und Erhaltung von Winterschulen, von Versuch- und Musterfarmen zu betreiben. Die Bauern sind auch durch Lieferung von Kunstdünger und Maschinen zu unterstützen. Es wird hier in der Schrift von Bauer ein großzügiges Agrarprogramm entwickelt, auf das wir bei dieser Gelegenheit nicht näher eingehen haben. Es kommt vor allem darauf an, daß man die Verbindung zwischen Stadt und Land aufrecht erhält und noch möglichst befestigt, indem man die städtischen Industriearbeiter mit eigenen Gütern ausstattet und ihnen die Möglichkeit gibt, zum Teil selber an der landwirtschaftlichen Arbeit beteiligt zu sein.

In welcher Weise der Großgrundbesitz ausgenutzt werden soll, ob in Staatsregie oder ob er an die Bauern und Arbeiter verteilt werden soll, ist heute nicht mehr ein Streitpunkt innerhalb der Sozialdemokratie, die sich ganz entschieden für den Grobbetrieb auch in der Landwirtschaft ausspricht. Wenn in Rußland in den ersten Perioden der Revolution ein anderer Weg eingeschlagen worden ist, so wurde es diktiert durch die politischen Verhältnisse, indem sich die Sowjetmacht auf die Bauern stützen wollte, die durch ihre Vertretung, die linken Sozialrevolutionäre, die Aufstellung des Bodens forderten. (Fortsetz. folgt.)

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich Pfennig, Beginn der Beitragsperiode. Lists various administrative regions and their respective contribution rates.

Wird in der angegebenen Höhe nur erhoben, wenn der erhöhte Beitrag in Kraft tritt.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Gestohlen wurde:

- List of stolen items and names: Mitgliedsbuch-Nr. 2,352,089, lautend auf den Metallarbeiter Wilhelm Schöke, geb. am 20. August 1874 zu Bergom, (Brandenburg).

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Quittung

Über die vom 1. bis 29. Februar 1920 bei der Hauptkasseneingegangenen Verbandsgelder.

- Extensive list of names and amounts: Von Alton 3000 A. Altona (Weiß) 10000. Altona 10000. Altona 500. Altona 9000. Altona (Df.) 6000. Altona i. S. 5000. Altona i. B. 1950. Altona (Z.) 4000. Altona 3000.

Die Verwaltungsräte, Bevollmächtigten und sonstigen Entfänger von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Mängel sofort an uns zu berichten.

Zur Beachtung! - Zugzug ist fernzubalten:

von Drahtziehern nach Wesel (Krieg & Liger) D.; von Elektromotoren nach Fulda L.; nach München und E. Bayern; nach allen Orten Württemberg; von Formern und Gießereiarbeitern nach Burg bei Magdeburg (Berlin-Burger Eisenwerk) D.; nach Mettmann (Ferd. Bonier, Frühlings- und Weichseifenfabrik) D.; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; von Metallarbeitern nach Bremen L.; nach Grailshausen L.; nach Danzig D.; nach Elbing (F. F. Romm) und F. F. Schickau) A.; nach Kehl i. B. (Karlshausen) L.; nach Leipzig-Wahren (Dux Automobil-Werke) A.; nach Norden St.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Berichte

Metallarbeiter.

Die Metallarbeiter im Kalibergbau Mitteldeutschlands. Kollege Rasmussen hat bereits in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung unsere traurigen Lohnverhältnisse geschildert. Nun haben die Unternehmer einen neuen Lohnaufschlag bewilligt. Derselbe ist alles andere als zufriedenstellend. Am 9. März dieses Jahres wurden uns in Berlin folgende Sätze bewilligt: Alle Arbeiter über 21 Jahre erhalten 6 M. von 18 bis 21 Jahren 4 M., unter 18 Jahren 3 M. Zuschlag zu den bestehenden Lohnsätzen. Außerdem erhält jeder verheiratete, verwitwete oder geschiedene Arbeiter pro Schicht 2 M. Haushaltungsgeld. Das Kindergeld beträgt 1 M. pro Schicht. Die meisten kleinen Metallfabriken haben 50 v. H. bewilligt. Die Stahlindustrie kann das nicht. Sie gibt nur 30 v. H. und der Tarif soll bis 1. Mai laufen. Die Kaligewerkschaft in Halle teilt laut Hallischer Allgemeinen Zeitung diesmal 25 v. H. Dividende aus. Wird man bei den Direktoren vorstellig, so heißt es: "Wendet euch an eure mutterhafte Organisation." Ja, die Arbeitgeber haben begriffen, was Organisation heißt, die meisten Arbeiter aber zu ihrem eigenen Schaden nicht. Ferner wäre es wohl angebracht, daß die Prozente für Überstunden und Sonntagschichten höher bezahlt werden. Müßen wir doch auch jede Überstunde mit verteuern. Auch für Nachtarbeit müssen Prozente gezahlt werden, wie es in den meisten Maschinenfabriken vor dem Kriege schon der Fall war. Die Forderung, daß schwierige Arbeiten, zum Beispiel im Kesselhaus, Hochbohrer, Drahtziehbahn auf hohem Post, Wärmearbeiter, Schweißler usw. besser bezahlt werden sollen, ist nach 1/2 Jahr Verhandlungen noch nicht erledigt. Es bleibt uns weiter nichts übrig, als daß wir (der Metallarbeiter-Verband) allein vorgehen, denn auf Unterstützung seitens der Berg- und Fabrikarbeiter können wir nicht hoffen. Die Hauptbedingung ist jedoch, daß sämtliche Metallarbeiter und Maschinen im Kaligebiet sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Darum wagt auf, Kollegen, und handelt.

Bremerhaven. Am 9. März 1920 fand die außerordentliche Generalversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Geschäftsführers, erklärte Kollege Landgraf den Bericht der Prüfungskommission. Nach eingehender Aussprache wurde Kollege v. Heuleum (Bremerhaven) gewählt. Punkt zwei und drei, Lohnbewegungen und Ausbau unserer Organisation sowie Beitragsrückzahlung wurden gemeinsam behandelt. Kollege Landgraf sprach in seinem Referat die vergangenen, laufenden und voraussichtlich kommenden Lohnbewegungen, schilderte die erhöhten Ausgaben und legte in eingehender Weise die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterhaltungsätze dar. Daß infolgedessen auch die Einnahmen erhöht werden müssen, ist ebenfalls selbstverständlich und zweifelslos. Jedem nicht daran, daß die Kollegen auch in Zukunft den alibewährten Opfermut an den Tag legen werden, wenn es gilt, für ihre eigenen Interessen Opfer zu bringen. In der nun eingehenden lebhaften Aussprache erklärten sich durchweg alle Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und sprachen sich für eine sofortige Beitragsrückzahlung aus. Beschlossen wurde gegen zwei Stimmen, den Beitrag ab 13. Woche wie folgt zu erhöhen: 1. Klasse 3 M., 2. Klasse 1,50 M., 3. Klasse 0,70 M. Nach Erhöhung des Grundbeitrages wird die vom Vorstand vorgeschlagene Erhöhung von diesen Sätzen an die Hauptkasse abgeführt. Die vom Vorstand vorgeschlagene erhöhte Unterhaltungsätze werden ebenfalls von der 13. Woche ab bis zur Annahme durch Urabstimmung aus lokalen Mitteln gezahlt. Weiter wird zu diesen Sätzen ein lokaler Zuschlag bis zu 5 M. pro Woche extra zur Auszahlung gelangen. In seinem Schlußwort konnte Kollege Landgraf mit Recht darauf hinweisen, daß die Kollegen in Bremerhaven den übrigen Verwaltungen durch diesen Beschluß ein gutes Beispiel gegeben haben. Sie haben bewiesen, daß es ihnen ernst damit ist, wenn es gilt, für den Ausbau der Organisation und damit für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Hamburg. In einer Aufschrift an die Schriftleitung teilt Kollege Kempens (Hamburg) mit, daß die Äußerungen, welche im Verbandsbericht des "Hamburger Echo" enthalten sind und darauf die Stunde durch die rechtssozialistische Presse machten, nicht von ihm getan wurden. In der Mitgliederversammlung hat dann Kempens eine diesbezügliche Erklärung abgegeben. Dieser Schwindel ist demnach das weitaus größte Übel des Hamburger Echo. Dies den Kollegen zur Anfertigung.

Heselberg i. Harz. Am Dienstag den 9. März d. J. fand eine gut besuchte Versammlung statt, in der über die eingereichte Lenkungsanfrage von 50 v. H. lebhaft diskutiert wurde. Laut Schiedspruch des Heselberger Schlichtungsausschusses für die Opt- und Messprignitz sind die Heselberger Arbeitgeber verpflichtet, ihren Arbeitern ab 15. Februar d. J. eine Lohnerhöhung von 30 v. H. und ab 15. März weitere 20 v. H. zu ihren bestehenden Grundlöhnen zu zahlen. Einige Arbeitgeber haben sich diesem Schiedspruch gefügt. Andere sind jedoch der Meinung, sie könnten dem Schiedspruch nicht Folge zu leisten. Daher werden die Arbeitnehmer in diesen Betrieben immer noch nach ihrem alten Tarif entlohnt. In diesen Betrieben, die die Zahlung der Lohnerhöhung verweigern, gehört auch die erst im vorigen Jahre von Berlin nach Heselberg verlegte Maschinenfabrik von Erwin Graendel. Trotzdem die Kollegen dem Herrn Graendel den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses förmlich unterbreitet haben, hält es dieser Herr aber nicht für nötig, uns irgendeine Antwort darauf zu geben. Demzufolge wurde nun von der Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: Falls sich die Firma uns gegenüber nicht bis zum 13. d. Mts. zufriedenstellend geäußert hat, sehen wir uns veranlaßt, gegen dieselbe Klage zu erheben. Darum Kollegen, seid einig, denn schwere Kämpfe stehen uns noch bevor, helft mit an dem Ausbau unserer Organisation, damit wir in Heselberg geschlossen dem Unternehmer gegenüberstehen können. Denn nur durch eine geschlossene Front innerhalb unserer Organisation ist es möglich, das große Ziel, das wir erstreben, zu erreichen: Die Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnabhängigkeit des Kapitalismus.

Willingen. Am 6. März fand hier die übliche Monatsversammlung statt, zu welcher sich die Kollegen recht zahlreich eingefunden hatten. Weiter wurde auch über die Beitragsrückzahlung diskutiert. Die Kollegen waren im allgemeinen mit der vom Vorstand eingereichten Vorlage betreffs Beitragsrückzahlung einverstanden, jedoch bei der demnach erfolgten Urabstimmung wohl mit einer geringeren Annahme derselben gerechnet werden kann. In Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung brachte der Kollege Rasmussen einen Artikel, welcher die Lage der Metallarbeiter in der Kalibergindustrie behandelt. Die Veranlassung war mit den Urabstimmungen des obigen Kollegen vollständig einverstanden. Kollege Rasmussen hat ganz recht, wenn er von einer Erbitterung der Kollegen in der Kalibergindustrie spricht. Es

ist allgemein bekannt, daß die Handwerker auf den Kalibergwerken das fünfte Rad am Wagen bilden. Von der Direktion sowie auch von den Bergarbeitern werden wir als ein notwendiges Übel angesehen, obwohl wir auf unsere Art genau soviel leisten wie unsere Kameraden (Bergarbeiter) in der Grube. In den Belegungsversammlungen, welche meistens von der Hauergruppe dirigiert wurden, hörte man nun immer: Wir Hauer und nachdem wir Hauer. Dieses alles hat uns ja auch schließlich dazu bewegen, uns eine eigene Zählstelle bei D. R. B. zu schaffen. Seitdem ist auch vieles besser geworden. Wenn wir aber auch heute durch unseren Verband vertreten werden, so nehmen wir an, daß der Gegenruck von Seiten der Bergarbeiter bei den Tarifverhandlungen sehr stark zum Ausdruck kommt, da es der Hauer nicht überwinden könnte, wenn ein Handwerker auf gleicher Lohnstufe mit ihm stünde. Um diesem Übel abzuwehren, wäre es dringend erforderlich, wenn unser Verband einmal energisch vorging und dafür Sorge trüge, daß uns auch in diesem Falle zu unserem Recht verholfen würde.

Vom Ausland

Norwegen.

Die National Tidende meldet aus Christiania: Die Minister der Arbeiterkommission von 1918 hat einen Vorschlag ausgearbeitet wonach in allen industriellen Betrieben Norwegens, die mindestens 50 Arbeiter beschäftigen, durch Gesetz Betriebsräte eingeführt werden die aus Vertretern der Arbeitgeber, der Beamten und der Arbeiter zusammengesetzt sein sollen. Die Betriebsräte sollen ausschließlich beratende Vollmacht haben. Es ist also in anderen Ländern nicht erst eine Revolution nötig um so beschiedene Betriebsräte wie in Deutschland zu bekommen. In Norwegen ist das einfacher.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(V. a. G. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Februar 1920.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Abschluß. Lists financial data for the month of February 1920, including contributions and expenses.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg 1, Wendenbinderhof 70, zu richten. Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets angegeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.

Mit Gruß R. Webers, Hauptkassierer.

Eingegangene Schriften

- List of received books: Sozialismus und soziale Bewegung von Werner Sombart. Siebente, durchgesehene und vermehrte Auflage. Vierundvierzigstes bis neunundvierzigstes Tausend. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1919. 887 Seiten. Preis 6 M.

Verbands-Anzeigen

- List of notices: Mitglieder-Versammlungen. Samstag, 10. April: Braunschweig (Hauptkassentag). Düssel-dorfer Hof, 8 Uhr.

Sonstige Anzeigen

- List of other notices: Former, 2 tüchtige, für Silberwaren sofort gesucht. Angebote mit Altersangabe und Lohnanspruch an Th. Walthe, Breiten in Baden erbeten.